

## Schreiben von Willy Brandt an Georges Pompidou (17. Oktober 1971)

**Legende:** Am 17. Oktober 1971 ergreift Willy Brandt die Initiative zur Ausarbeitung eines gemeinsamen Standpunktes der Sechs zur Währungspolitik. In einem Schreiben an Georges Pompidou befürwortet der deutsche Bundeskanzler die vom französischen Staatspräsidenten auf einer Pressekonferenz am 25. September vorgeschlagenen Maßnahmen und betont die Notwendigkeit einer Abstimmung zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland zur Beendigung der Währungskrise.

**Quelle:** Willy-Brandt-Archiv im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn. Bundeskanzler und Bundesregierung 1969-1974 (A 8). 51.

**Urheberrecht:** Alle Rechte vorbehalten.

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/schreiben\\_von\\_willy\\_brandt\\_an\\_georges\\_pompidou\\_17\\_oktober\\_1971-de-924bd19e-05fc-4427-ac0b-ad041ce68315.html](http://www.cvce.eu/obj/schreiben_von_willy_brandt_an_georges_pompidou_17_oktober_1971-de-924bd19e-05fc-4427-ac0b-ad041ce68315.html)

**Publication date:** 03/07/2013

## Schreiben von Willy Brandt an Georges Pompidou (17. Oktober 1971)

17. Oktober 1971

Sehr verehrter Herr Präsident,

mir scheint der Zeitpunkt näherzurücken, zu dem es notwendig ist und auch möglich sein sollte, eine europäische Position in der schwierigen Währungsfrage herauszuarbeiten. Ohne eine Verständigung zwischen unseren beiden Regierungen wird das nicht zu erreichen sein.

Auf Ihrer kürzlichen Pressekonferenz haben Sie, Herr Präsident, die Forderung aufgestellt, daß Europa aus der gegenwärtigen währungspolitischen Krise gestärkt in seiner Einheit und in seiner weltpolitischen Verantwortung hervorgehen muß. Ich stimme dieser Forderung voll zu. Nach Abschluß der Tagung des Internationalen Währungsfonds in Washington sollte die Gemeinschaft - in Verbindung mit den Beitrittskandidaten - verstärkt an den Voraussetzungen arbeiten, unter denen sie die Modalitäten einer ausgewogenen Lösung festlegen kann.

Dazu gehört - und auch hier stimme ich Ihnen voll zu -, daß die Gemeinschaft eine gemeinsame Haltung nach außen beibehält, die ihr in allen zukünftigen Verhandlungen mit ihren Weltwährungspartnern ein großes Gewicht zu geben vermag. Dabei sollten wir ganz im Sinne Ihrer Ausführungen darauf achten, daß die Position der Gemeinschaft insgesamt auch einen fairen Beitrag zur Lösung der amerikanischen Probleme darstellt und den Weg für eine baldige weltweite Lösung der Währungs- und Handelsprobleme offenhält. Viel wird davon abhängen, wie wir Europäer mit den Amerikanern in ein vertrauensvolles Gespräch über diese Fragen kommen.

In der Frage der Erweiterung der Bandbreiten gegenüber Drittländern stimmen wir seit unserem letzten Gespräch im Juli weitgehend überein. Eine europäische Einigung über neue Wechselkursrelationen in Form von vorläufigen Leitkursen erfordert meiner Überzeugung nach allerdings auch einen gewissen französischen Beitrag. Bei der starken Interdependenz der europäischen Volkswirtschaften würde es den Erfolg der angestrebten Lösung in Frage stellen, wenn der gesamte europäische Beitrag zu gering wäre oder sich aufgrund einer unrealistischen Bewertung einer Währung allgemein schädliche Wirkungen für die Wirtschaft in der Gemeinschaft ergeben sollten. Wir müssen also versuchen, unsere Interessen in der Gemeinschaft in Einklang zu bringen.

Dabei können Sie übrigens davon ausgehen, daß die deutsche Seite ihre Verpflichtungen auf dem Gebiet der Landwirtschaft weiterhin erfüllen wird. Aber wir sind uns gewiß darüber einig, daß eine Regelung der Währungsfrage auch nicht zu Lasten der deutschen Landwirtschaft gehen darf. Im Rahmen der notwendigen agrarpolitischen Regelung könnte die von Ihnen angeregte Überprüfung der Rechnungseinheit im Agrarbereich ein wichtiges Element darstellen.

Neben der Einigung über die Bandbreiten und die zukünftigen Wechselkursrelationen scheint mir die Frage zusätzlicher gemeinschaftlicher Handlungsmöglichkeiten durch die Bildung eines Exekutivorgans, das Sie anregen, von besonderem Gewicht zu sein. Wie Sie wissen, hat die Bundesregierung schon früher die Notwendigkeit eines gemeinschaftlichen Interventionsverfahrens hervorgehoben und erklärt, daß sie im Rahmen einer europäischen Lösung mit einer baldigen Einrichtung des ursprünglich erst für einen späteren Zeitpunkt vorgesehenen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit einverstanden wäre.

Eine enge währungspolitische Zusammenarbeit zwischen den Gemeinschaftsstaaten wird, wie Sie auch am 23. September betont haben, nur dann erfolgreich sein, wenn wir zugleich im Zuge der Wirtschafts- und Währungsunion energische Anstrengungen zur Harmonisierung unserer Wirtschaftspolitik unternehmen, gemeinsam inflatorischen Tendenzen entgegenwirken und eine gesunde und ausgeglichene Wirtschaftsstruktur innerhalb der Europäischen Gemeinschaft herzustellen suchen.

Sie haben es als entscheidende Zielsetzung bezeichnet, daß alle zu ergreifenden Maßnahmen zur Einheit hinstreben. Dies ist in der Tat - bei mancher Unterschiedlichkeit, die sich aus unseren beiderseitigen

Bedingungen ergab - unser gemeinsames Anliegen gewesen. Der ständige Dialog, den wir zu diesem Zweck führen, hat sich, so will mir scheinen, schon mehrfach bewährt. Und ich bin sicher, daß dies auch jetzt möglich sein wird, damit wir die anstehenden Probleme im Sinne immer größerer Gemeinsamkeit lösen können.

Sie werden mich zu jeder Anstrengung bereit finden, um einen Ausweg aus der gegenwärtigen Situation zu ermöglichen, und zwar in Formen, durch die die europäische Integration gesichert und gefördert wird. Dazu gehört natürlich, daß wir die europäische Position gemeinsam mit unseren Partnern definieren.

Ihre Bemerkungen über die Wünschbarkeit und Zweckmäßigkeit einer Gipfelkonferenz decken sich mit meiner Auffassung. Daß ich mit Paris als Tagungsort einverstanden sein würde, hatte ich Ihnen im Juli gesagt. Die sorgfältige Vorbereitung und der richtige Zeitpunkt werden entscheidend sein. Wenn die Beitrittsverhandlungen abgeschlossen sind und für die wirtschafts- und währungspolitische Zusammenarbeit ein neuer Ansatz gefunden worden ist, wird die Gipfelkonferenz umso eher in der Lage sein, die Zielsetzungen für die weitere Entwicklung nach innen und außen zu entwickeln.

Wenn nicht schon vorher, werden wir sicher bei unserer nächsten Konsultation im Januar Gelegenheit nehmen, über Inhalt und Zeitpunkt der Gipfelkonferenz zu sprechen. Die Tagesordnung sollte sich meiner Meinung nach an den drei Themen Entwicklung der erweiterten Gemeinschaft, Konsolidierung und Vertiefung sowie außenpolitische Zusammenarbeit orientieren. In jedem Fall sollte die Entwicklung einer gemeinsamen Haltung in den Fragen, die die Stellung der Gemeinschaft in der Welt betreffen, zu den wichtigen Gegenständen dieser Gipfelkonferenz gehören. Ihre Bemerkung auf der Pressekonferenz, daß die Haltung Westeuropas in den Ost-West-Fragen unter dem Blickpunkt der Errichtung Europas und der Herstellung möglichst enger Verbindungen zwischen Westeuropa und den Ländern des Ostens gesehen werden müsse, entspricht meiner eigenen Überzeugung; und Sie werden gewiß verstehen, daß ich hierbei immer auch an die besondere Rolle zu denken habe, die dem Verhältnis zur DDR zukommt.

Ihre Ausführungen über die Bemühungen der Bundesregierung habe ich aufmerksam gelesen und würde sie gern im nächsten Gespräch mit Ihnen vertiefen. Dankbar bin ich Ihnen für die allgemeine Ermutigung, mit der Sie die Politik der Bundesregierung begleiten.

Die bevorstehende Tagung der Finanz- und Wirtschaftsminister wird von Bedeutung sein. Das gleiche gilt für die nächste Konsultation unserer Außenminister in Paris. Wir sollten aber wohl auch nicht die Möglichkeit ausschließen, uns vor unserem turnusmäßigen Treffen auszusprechen falls wir den Eindruck gewinnen, daß dies die Entwicklung positiv beeinflussen könnte. Mit vorzüglicher Hochachtung und herzlichen Grüßen

Ihr sehr ergebener  
gez. Willy Brandt